

TTIP - Wehrt Euch!

Schon wieder TTIP. Hat nicht schon jeder mittlerweile genügend darüber erfahren? Allein zwei der größten deutschen Wochenblätter, Die Zeit und der Spiegel, berichteten in ihren Onlineausgaben von Jahresbeginn an bis Ende Mai jeweils um die 80 mal, in zum größten Teil ausführlichen Beiträgen über das Freihandelsabkommen zwischen Europa und der USA, und das im Vergleich zum letzten Jahr zunehmend kritischer. Nicht anders ist das Bild auf allen übrigen Medienkanälen.

Können die weitreichenden Folgen und Gefahren des Abkommens noch irgend jemand entgangen sein? Für diesen Fall: bitte weiterlesen!

Wodurch ist TTIP gefährlich?

Haupteinfallstor für den Zugriff internationaler Konzerne auf einzelne Staaten und ihre demokratisch getroffenen Entscheidungen bilden die **Investitionsschutzklauseln in Verbindung mit einer privaten, überstaatlichen Parallelljustiz**. Staatliche Regeln und Gesetze, die dem Profitstreben entgegen stehen, können so zu Handelshemmnissen erklärt und vor sogenannten Schiedsgerichten, die privat, geheim und außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit stehen, angeklagt werden. **Private Profitinteressen bekommen so Vorrang vor der Demokratie**. Anzunehmen, dass es nicht zu vielen solcher Klagen kommen wird ist naiv, denn Investitionsschutzklagen sind ein lohnendes Geschäft für international tätige Rechtskanzleien. Geld damit zu verdienen Staaten zu verklagen ist ein großer Wachstumsmarkt. Allein Kanada wurde aufgrund des Freihandelsabkommens zwischen USA, Mexiko und Kanada, NAFTA, bisher an die 35 mal von US-Konzernen verklagt. Dabei ging es unter anderen um ein lokales Fracking-Verbot und um Wasserrechte. An der Klage des schwedischen Konzern Vattenfall wegen Gewinneinbußen durch den Atomausstieg vor einem Washingtoner Schiedsgericht lassen sich die Auswirkungen eines Freihandelsabkommens auch hierzulande beobachten.

Die im Freihandelsvertrag festgeschriebenen Regelungen können nur noch in Verhandlungen mit den USA rückgängig gemacht werden. Vor diesem Hintergrund ist die Weiterentwicklung von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards nicht gerade realistisch. Die Gesetzgebung, Kern der Demokratie, wird dem privaten Profit untergeordnet.

Alle zukünftigen Gesetze und Regelungen werden den Interessen der Konzerne angepasst. Das ist leider nicht nur Zukunftsmusik, sondern wirkt sich jetzt schon aus, wie in einem Online-Artikel der Zeit vom 29. Mai anhand von 3 Beispielen nachzulesen ist. Einmal anhand des europäischen Verbots, Fleisch mit Milchsäure zu desinfizieren, ein Verfahren, das Hygienemängel überdeckt und das gekippt wurde. Beschrieben wird wie die Standards zur Einfuhr von Teersandöl gesenkt wurden, unter dem Einfluss der TTIP-Verhandlungen und auf Druck von Ölkonzernen und Kanada, dem größten Exporteur des extrem klimaschädlichen und giftigen Stoffs. Und schließlich, wie die von der EU gewünschte Kennzeichnung von Produkten aus Nachkommen geklonter Tiere ausdrücklich um den TTIP-Vertrag nicht zu gefährden gestoppt wurde.

Was ist alles gefährdet?

Gefahr für **Verbraucherschutz- und Umweltstandards** droht also, indem Kennzeichnungen zu Handelshemmnissen erklärt werden und ökologische Standards verwässert werden. Das gilt beispielsweise auch für Emissionswerte zum Beispiel in der Autoindustrie, für Industrieanlagen, und so weiter. Auch die europäische Chemikalienverordnung REACH steht amerikanischen Exportinteressen im Weg, weil in Europa strenger geprüft werden muss. Das Interesse der Agrarindustrie bedroht **Tierschutzregelungen** in der **Landwirtschaft und bäuerliche Strukturen** insgesamt. **Risiko-Technologien** wie Fracking könnten erzwungen werden...

Analog sieht es im **Gesundheitsbereich** aus. TTIP wird sich auf die Zulassung von Medikamenten und Medizintechnik auswirken. Krankenhäuser werden noch stärker unter das Primat der Wirtschaftlichkeit gestellt und für amerikanische Gesundheitsdienstleister geöffnet. Hohe Qualitätsstandards schmälern auch hier den Gewinn.

Außer um die letzten verbliebenen kommunalen Krankenhäuser sorgen sich die Kommunen um den Einfluss von TTIP auf weitere Bereiche der **öffentlichen Daseinsvorsorge**: um **kommunale Wasserversorgung, Energiewerke, den Bildungsbereich, den Verkehr...** Die USA wollen den Zugang zu der kommunalen Wasser-, Energie und Verkehrswirtschaft. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören auch die **Müllentsorgung, Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen...** Es wird ausgeschlossen, bereits privatisierte Betriebe wieder in die Hände der Kommunen zu geben. Alle Aufträge und Ausschreibungen der öffentlichen Hand, vom Einkauf von Büromaterial oder Möbeln, über Verkehrsmittel bis hin zu Bauvorhaben müssten transatlantisch ausgeschrieben werden, zum Nachteil der **örtlichen Mittelständler und Handwerker**. Damit gelten die politisch gesetzten Vorgaben zum Beispiel zur Sozialverträglichkeit, Umweltschutz, Energieeffizienz hier nicht mehr.

Soziale Zuschüsse, wie für Eintrittspreise oder auch den öffentlichen Nahverkehr sind als Wettbewerbsverzerrung gefährdet.

Zu erwarten sind Druck auf **Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte**, auf das Betriebsverfassungsgesetz und die **Löhne**. Selbst Mindestlöhne können durch ein Schiedsgerichtsverfahren zu Fall gebracht und Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden. Messlatte dafür ist wieder das NAFTA-Abkommen. In Mexiko beklagen Gewerkschaften Arbeitsplatzverluste, sinkende Löhne, wachsende Einkommensunterschiede und das Unterlaufen von Mindeststandards bei der Arbeit durch die Angleichung an das jeweils niedrigste Niveau.

Einmal anders herum, aber nicht zum besseren, würde sich der Einfluss von TTIP auf die **Finanzmärkte** auswirken. Hier haben die USA seit der Finanzkrise von 2008 eine deutlich strengere Regulierung des Finanzmarkts. Die EU-Kommission fordert hier einen deregulierten Markt. So würden diesmal die besseren Regelungen der USA ausgehebelt. Das zeigt, es gibt nur eine Richtung: hin zum niedrigeren Niveau.

Weniger im Blick sind oft die **Auswirkungen auf den Kulturbereich**. Der öffentlich rechtliche Rundfunk könnte zur unzulässigen Wettbewerbsverzerrung erklärt werden. Die Buchpreisbindung und weitere Bereiche der Kulturförderung könnten ebenfalls zu Schiedsgerichtsverfahren führen. Museen, Theater, Verlage, Orchester,... wären gefährdet und könnten in Frage stehen. Zu Befürchten ist auch ein erneuter Versuch umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets durch die Medienindustrie, wie sie im ACTA-Abkommen, das 2012 durch die großen Proteste gestoppt werden konnte vorgesehen waren, über TTIP wieder einzuführen. Glaubt noch jemand an **Datenschutz** und den Schutz der Privatsphäre? Kein Problem, beides unter TTIP zum Handelshemmnis zu erklären und zu beseitigen.

Ausdrückliches Ziel des Abkommens ist, die Vormachtstellung der EU und der USA abzusichern.

Schwellen- und Entwicklungsländer sollen Marktanteile verlieren. Der Verdrängungswettbewerb wird steigen. Damit wird nicht nur die Entwicklungspolitik untergraben. NGO's wie Greenpeace und Brot für die Welt weisen zudem auf die Auswirkungen von TTIP auf die Landwirtschaft der

Entwicklungsländer hin, deren Produkte durch sinkende Zölle von den amerikanischen Anbietern verdrängt werden. Überschüsse könnten noch dazu billig in die Entwicklungsländer exportiert werden und dort die Bauern verdrängen. Ähnliches ist bereits schon durch die Einfuhr von billigen Hähnchen in Westafrika passiert. Der Agrarsektor ist für viele Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung.

Diese Aufzählung der umfangreichen und weitreichenden Auswirkungen von TTIP kann natürlich niemals vollständig sein!

Wie steht es denn mit den versprochenen wirtschaftlichen Verbesserungen, dem Wohlstandzuwachs für Alle durch TTIP?

Dazu sei an dieser Stelle auf die gegenteiligen Untersuchungsergebnisse von Jeronimo Capaldo, Wirtschaftswissenschaftler der US-amerikanischen Turfs-University, hingewiesen. Er weist darauf hin, dass die amtlichen Studien zu TTIP auf ungeeigneten ökonomischen Modellen beruhen und verwendet statt dessen das Global-Policy-Modell der Vereinten Nationen. Das führt zu dramatisch anderen Ergebnissen. Capaldo sagt massive Verluste beim Arbeitseinkommen, einen flächendeckenden Arbeitsplatzabbau und ein generell sinkendes Wirtschaftswachstum in der EU voraus. TTIP destabilisiert die Finanzmärkte und fördert den wirtschaftlichen Zerfall Europas. (Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft: Zerfall, Arbeitslosigkeit und Instabilität in Europa. Jeronimo Capaldo Oktober 2014).

Eine von der Europäischen Kommission beauftragte Studie dagegen kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Pro Kopf- Einkommen in Europa beim optimistischen Szenario bis zum Jahr 2027 immerhin einmalig um 0,5 Prozent erhöhen würde. Das sind 11,- Euro pro Kopf verteilt bis zum Jahr 2027 Gewinn bei sehr hohem Risiko. Natürlich würde sich dieser Zuwachs nur auf einige Wenige konzentrieren.

Wehrt Euch

Überdruss an dem Thema TTIP ist angesichts dieser sehr weit reichenden Auswirkungen auf uns Alle nicht angebracht. Notwendig ist vielmehr, den Druck auf die Regierenden nicht sinken zu lassen. Europaweit beteiligen sich bisher über 370 Organisationen an den Aktionen gegen das Abkommen. Die selbst organisierte Bürgerinitiative „Stopp TTIP“ hatte bis Ende März schon 1,6 Millionen Unterschriften gesammelt.

In Kirchheim Teck kam vor kurzem ein weiteres Aktionsbündnis hinzu.

Das Bündnis bildete sich aus Kirchheimer Mitgliedern der Parteien Grüne, Linke, der Frauenliste, und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der IG Metall und Mitgliedern der K21 Initiative.

Dazu sind bislang mehrere Aktionen geplant. Hauptveranstaltung ist ein Aktionstag mit Kundgebung in Kirchheim am 25.07. vor dem Rathaus auf der ein Bundestagsabgeordneter der LINKEN, ein Europaabgeordneter der Grünen und Redner von Gewerkschaften auftreten werden. Wie schon seit Monaten kann auch weiterhin an dem an dem Infostand der LINKEN in Kirchheim gegen TTIP unterschrieben werden.

Ute Dahner

An der Stelle wie immer unsere Pressemeldungen aus dem Mai:

Artikel für das Esslinger Mitteilungsblatt Zwiebel:

Mehr als nur ein KiTa-Streik!

Es streiken alle Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes, wie z.B. Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen, und auch die Sozialarbeiter der Jugendämter.

Die Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen der KiTas und Kindergärten sind sehr wichtig für den Streik, weil sie durchsetzungsmächtig sind, weil ihr Anliegen nachvollziehbar ist, weil ihr Streik wehtut.

Auch die Beschäftigten von Behinderteneinrichtungen hängen an dieser Tarifentwicklung dran. Sie können größtenteils nicht zum Streik aufgerufen werden, weil sie eigene Haustarife haben oder den Manteltarifvertrag nicht übernommen haben, sondern lediglich die finanzielle Entwicklung nachvollziehen.

Bei dieser Tarifaueinandersetzung es geht um mehr! Es geht um die schlichte Frage, was ist uns die Erziehung und Bildung unserer Kinder wert? Was ist uns die Versorgung von Menschen mit Behinderung wert? Was ist uns die Betreuung von gestrandeten oder sozial benachteiligten Mitmenschen wert?

„Warum verdienen Menschen die sich um unsere Kinder kümmern, so viel weniger, wie die, denen wir unser Geld anvertrauen?“

Die betroffenen Kolleginnen (es sind vor allem Frauen, Vollzeit, Teilzeit, alleinerziehend, Angehörige pflegend, nebenher arbeitend weil ein Job nicht reicht) verdienen unsere Anerkennung und Solidarität, denn die Forderung nach Aufwertung sozialer Berufe ist nichts als die Fortsetzung der Sonntagsreden mit anderen Mitteln.

Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeitgeberseite ihre schändliche Strategie, überhaupt kein Angebot vorzulegen, sondern sich zurück zu lehnen und zu hoffen der Streik werde schon irgendwann auf Druck der Eltern zusammenbrechen, beenden!

Wenn es gelingt die klassischen Frauenberufe im Sozial- und Erziehungsdienst aufzuwerten, dann ist zu hoffen, dass

- sich auch weiterhin junge Menschen für eine Ausbildung und für ein Berufsleben in diesem Arbeitsfeld entscheiden.
- unsere Kinder qualifizierte Erzieherinnen/ Kinderpflegerinnen haben.
- es für Behinderte Menschen qualifizierte Heilerziehungspfleger gibt.

Gestrandeten oder sozial benachteiligten Mitmenschen von qualifizierten Sozialarbeiter betreut werden.

Deshalb gemeinsam soziale Berufe aufwerten – Jetzt!

Bahn erpresst die Stadt

Für die Instandsetzung der Bahnhöfe ist explizit die Bundesbahn zuständig. Trotzdem legte die Bahn 2012 fest, dass sie die Bahnhöfe als erstes instand setzt, deren Stadt bereit ist, sich mit 15% an den Kosten zu beteiligen. Mit einer Mehrheit schluckte damals der Gemeinderat diese Kröte und stellte € 770.000 bereit. In diesen Tagen erfuhr man, dass die Bahn falsch kalkuliert hat. Die Mehrkosten von ca. 530.000 € trägt aber nicht die Bahn, sondern erneut die Stadt. Mit den Worten „sonst passiert hier in den nächsten Jahren nichts“, plädierte der Oberbürgermeister für die Zustimmung. Mit unerwartet hohen Planungskosten begründete die Bahn die drastische Erhöhung.

Neben der Anhebung von vier Bahnsteigen auf der Länge von 210 Metern soll die Unterführung aufgewertet und neue Leuchtkörper angebracht werden. DIE LINKE enthielt sich gemeinsam mit den Grünen, weil sie die Unverfrorenheit der Bahn nicht akzeptieren kann. Aus ihrer Sicht bedient sich die Bahn aus der Stadtkasse, die ansonsten für viele Aufgaben mit Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung geschlossen bleibt. Zur Erinnerung: Die Mischfinanzierung ist bei dem Immobilienprojekt Stuttgart 21 mehr als umstritten. Die Stadt Esslingen zahlt jährlich als Teil der Region umgerechnet € 360.000 – für die Verschlechterung des regionalen Bahnverkehrs. Um die Stimmung vor dem Volksentscheid über das Finanzausstiegsgesetz im Herbst 2011 zu beeinflussen, machte Bahnchef Grube 1,5 Mrd. € Ausstiegskosten geltend – mit eingerechnet: rund 1 Mrd. € für den Rückkauf der Grundstücke von der Stadt Stuttgart zuzüglich 5,5% Zinsen und die Planungskosten für die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm; fast schon phantasievoll. Kaum war der Volksentscheid rum kamen die „wahren“ Baukosten auf den Tisch: 6,8 Mrd. € statt 4,5 Mrd., verbunden mit dem Ruf, das Land muss sich an den Mehrkosten beteiligen. Falsche Kalkulationen haben bei der Bahn offensichtlich Methode.

Brücken bauen statt Kriege finanzieren

Während sich Esslinger Stadträte den Kopf über den Haushalt und die Finanzierung der Brücken in Esslingen zerbrechen, leistet sich das Verteidigungsministerium einen Skandal nach dem anderen. Beim Gezeter um das Sturmgewehr G36 wurde von de Maiziere (CDU) ignoriert, dass ein funktionstüchtiges Gewehr ausgemustert wurde und dem Steuerzahler mal ebenso 200 Millionen € aufgebürdet hat. Der nächste inakzeptable Deal steht ins Haus: Trotz mangelnder Produktreife sollen Panzerabwehrraketen vom Typ Pars3-LR gekauft werden. Der Bundesrechnungshof rügte die hohen Kosten, wonach ein einziger Schuss der Rakete 1,3 Mio. € koste. Die 15 größten Rüstungsprojekte der Bundeswehr haben durchschnittlich vier Jahre Verspätung und sind zusammen 12,9 Milliarden Euro teurer als ursprünglich geplant. Scheinbar kauft das Verteidigungsministerium der Rüstungsindustrie, deren Geschäft der Tod ist, jeden Plunder ab. Bei einem Treffen des französischen Präsidenten und Frau Merkel wurde nebenbei vereinbart, bewaffnete Drohnen anzuschaffen. Die Bundeswehr wird sich in diesem Jahr mit rund 4400 Soldaten für drei Monate an Manövern in den östlichen Mitgliedstaaten der Nato beteiligen. Über all dies empört sich Stadtrat Tobias Hardt, DIE LINKE: „Rechnen Sie sich doch bitte selbst einmal zusammen, was hier für Kriege ausgegeben wird. Zudem bringen Rüstungsexporte Gewinne für Waffenhändler, der Steuerzahler dagegen zahlt die Angriffskriege, mit denen irgendwelchen Schurken die Waffen wieder abgenommen werden sollen. Es ist alles so widersinnig und natürlich wahnsinnig teuer. Die Bundesregierung sollte dringend Brücken für den Frieden bauen - wir Stadträte übrigens auch.“

Freie Radstadt Esslingen

Fahrrad statt Auto fahren hilft dem Klimaschutz weiter, vor allem im täglichen Berufsverkehr. Als im März die Ergebnisse eines Fahrradtests des ADFC zur Fahrradtauglichkeit der Städte veröffentlicht wurde belegte Esslingen den letzten Platz. Der Aufschrei war groß. Zwar hat sich die Stadt vor zwei Jahren mit dem Radverkehrskonzept die Ziele zur Förderung des Radverkehrs abgesteckt, doch die Umsetzung verläuft äußerst schleppend. Dabei muss eine Stärkung des sicheren Radverkehrs auf zeitsparend geführten Wegen erreicht werden. Die LINKE hat sich dem Bündnis „Esslingen aufs Rad“ angeschlossen und engagiert sich mit einigen Gruppen und Menschen für deutliche und zeitnahe Verbesserungen. Damit die Innenstadt künftig durchgängig wird rücken folgende Ideen in

den Vordergrund: Bus und Rad teilen sich eine Spur auf der Berliner Straße, die Neckarstraße wird ab dem Charlottenplatz fahrradtauglich – so wäre der Bahnhof als Zentrum sehr gut angeschlossen. Die Kiesstraße bekommt einen Fahrradstreifen, die Wehrneckerstraße wird zur Fahrradstraße umgebaut. Im Gegenzug bleiben Maille und Fußgängerzonen tagsüber den Fußgängern vorbehalten. Außerhalb der Innenstadt erfordert die Erhöhung des Geländers auf der östlichen Seite der Adenauerbrücke die Ansprüche eines sicheren Fahrradwegs von Berkheim nach Oberesslingen. Erfreulicher Nebeneffekt: Neckartalradweg und Neckarinsel wären angebunden. Fast unüberbrückbar scheint zurzeit für Fahrradfahrer der Anschluss von der Vorstadt auf die Schleyer-Brücke. Ein Fahrradweg in beide Richtungen vom Stadion bis zur Klosterallee führt noch lange nicht barrierefrei nach Mettingen. Die LINKE zur gesamten Radverkehrsplanung: an einigen Stellen ist die Planung noch nicht ausgereift, an anderen verweigert sich die Stadt, Geld in die Hand zu nehmen – so ist der Weg zur Freien Radstadt Esslingen noch weit.

Presse-Texte für die Kirchheimer Zeitung Der Teckbote, die Esslinger Zeitung und die Nürtinger Zeitung

Literarischer Vortrag gegen Faschismus

Politische Matinee der Partei Die Linke in Kirchheim fand großen Anklang

In Gedenken an Jene, die ihr Leben riskiert und verloren haben, weil sie in einem freien und friedlichen Staat leben wollten gestalteten die Kreisräte Peter Rauscher und Jochen Findeisen von den LINKEN einen sehr berührenden literarischen Vortrag gegen Krieg und Faschismus, den sie gemeinsam im siebzigsten Jahr nach der Befreiung von Hitler und Krieg auf der politischen Matinee der LINKEN in Kirchheim-Teck vortrugen.

Die gewählten Texte spiegeln das Lebensgefühl und die Welt der Autoren im deutschen Faschismus wieder. Besonders ein Gedicht von Selma Merbaum, die mit 18 Jahren in einem Kz umkam und die Todesfuge von Paul Celan bewegten die Zuhörer. Selma Merbaum drückte ihren ganzen Lebenshunger und die Freude am Dasein in ihrem Gedicht aus. Dabei schwingt die Ahnung des drohenden gewaltsamen Endes mit: „...Ich möchte leben, ich möchte lachen und Lasten heben und möchte kämpfen und lieben und hassen und möchte den Himmel mit Händen fassen und möchte frei sein und atmen und schreien. Ich will nicht sterben. Nein!...“ Ein ganz anderes, düsteres, bedrohliches Stimmungsbild vermittelt Celan in seinem Gedicht mit den berühmten Schlusszeilen „...der Tod ist ein Meister aus Deutschland dein goldenes Haar Margarete dein aschenes Haar Sulamith“.

Diese Gedichte waren eingebettet in weitere von Bert Brecht, Martin Niemöller, Erich Kästner, dem jüdisch-sozialistischen Aktivist Jura Soyfer, dem Emigranten David Luschnat, dem im KZ Oranienburg ermordeten Anarchisten und Pazifisten Erich Mühsam, Kurt Tucholsky, der 1935 in den Freitod ging, und dem Lied „Mein Vater wird gesucht“ von Hans Drach, geschrieben unter dem Eindruck der Verfolgung der Arbeiter durch die Nazis. Später wurde dieses Lied, vertont von der Gruppe Zupfgeigenhansel, fester Bestandteil der Studentenbewegung. Dem Gedicht von Jura Soyfer, der Kabarett-Texte verfasst hatte, war zu entnehmen, dass es ihm gelungen war, dem offiziellen Lagerlied von Dachau eine zweite, satirische Bedeutung hinzu zu fügen.

Peter Rauscher und Jochen Findeisen umrahmten diese berührende Lyrik mit einer Fülle von hochinteressanten, informativen Texten und lokalen Zeitbezügen. Theodor W. Adornos „Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei...“ wurde ebenso zitiert, wie Auszüge der bekannten Rede Richard von Weizäckers aus dem deutschen Bundestag 1985, in der er den Opfern des Nationalsozialismus gedachte und den 8. Mai erstmals den „Tag der Befreiung“ nannte. Verlesen wurde auch der Schwur von Buchenwald, bei dem am 19. April 45 im befreiten Konzentrationslager Buchenwald 21 000 Männer und Knaben zu einer Trauerkundgebung zusammen kamen um zu schwören „... die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel...“. Sehr erhellend waren auch die Tagebuchauszüge von Eugen Maier aus Nürtingen, Künstler, Stadtrat, Kzler und schließlich Überläufer aus einem Bewährungs bataillon heraus zu den und Partisanen in Griechenland:

„Wir werden Überläufer genannt und nennen uns selbst so...Dieser Wort jedoch ist für uns nicht ganz das richtige...Wir gehörten schon immer auf die Gegenseite der deutschen Faschisten und kämpfen nicht gegen Deutsche sondern gegen sinnloses und verbrecherisches Tun der gegenwärtigen deutschen Regierung“. Findeisen berichtete von vielen Überläufern, die es gegeben hat. So wurde von Überläufern zur Sowjet Armee das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ gegründet.

„Opfer der Gewaltherrschaft gab es nicht nur in Deutschland und in der weiten Welt, sondern immer auch in unserer nahen Umgebung.“ so Jochen Findeisen. Er und Peter Rauscher berichteten über die bekannten lokalen Euthanasieopfer, die hiesigen ermordeten Juden und Sinti, über Zwangssterilisierte und über andere Menschen, die ermordet wurden, wegen ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung, ihres Umgangs mit Zwangsarbeitern, oder aufgrund der Ächtung als Asoziale. Sie berichteten von den vielen Zwangsarbeiterlagern hier und von verbrieften, schrecklichen Vorgängen darin, zählten politisch Verfolgte auf und erzählten exemplarisch die Geschichten von zwei der politisch Verfolgten aus unserer Gegend: den Pfarrern Julius von Jan aus Oberlenningen und Otto Mörike mit seiner Frau aus Kirchheim.

Wegen dem großen Anklang, den diese Veranstaltung bei den Besuchern gefunden hat, wird überlegt, den Vortrag in diesem Jahr mindestens noch einmal zu wiederholen, voraussichtlich in Nürtingen und möglicherweise auch noch ein weiteres mal in Kirchheim.

Ute Dahner

DIE LINKE fordert: rote Karte für Blatter und Co

Die Ereignisse um die WM Vergabe haben auch einige Politiker auf den Plan gerufen. So erklärte Ex- Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der sich unlängst auf einer Reise nach Katar von den dortigen (jämmerlichen!) Lebensbedingungen der Bauarbeiter, die aus den ärmsten Ländern Asiens kommen, informieren wollte: "Es ist ganz einfach, was ich fordere. Wenn der Fußball das Spiel bleiben soll, das alle lieben, dann lasst euch nicht von den Geschäftemachern wie FIFA das Spiel verderben. Dieser Blatter ist ein großer Geschäftemacher. Der hat mit Fußball so viel zu tun wie ich mit der Weltraumfahrt." Weiter erklärte er: "Wer die Fußballwelt-meisterschaft nach Katar vergeben hat, muss entweder eine Schraube locker haben oder bestochen sein. Das ist so ähnlich, als würde ich die Rodelweltmeisterschaft in der Sahara machen!" Der ehemalige Werder Bremen Spieler Marco Bode wies unlängst darauf hin, dass im Fußball eine umfassende Kommerzialisierung voran schreite, die das Eindringen von Doping, Wettbetrug und andere Formen der Kriminalität fördere. DIE LINKE hat erkannt, dass Sport kein Luxusgut ist, sondern für alle da sein sollte. Sport darf nicht vermarktet werden zur Maximierung der Profite derjenigen, die ohnehin schon (fast) alles haben. DIE LINKE tritt dafür ein, dass für den Sport und seinen positiven gesundheitlichen und sozialen „Mehrwert“ geeignete Bedingungen geschaffen werden müssen. Hierzu gehört es, Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen, die allen Bürgerinnen und Bürgern erlauben, aktiv Sport zu treiben. DIE LINKE tritt ein für Chancengleichheit sowie einen fairen, manipulationsfreien Sport, der auch im Einklang mit der Natur betrieben werden kann!

Jochen Findeisen

2. Mai, Tag der Arbeitslosen

Der 2. Mai wird in Deutschland hauptsächlich in Berlin als Internationalen Tag der Arbeitslosen begangen. Initiiert wurde der Tag erstmals 2004 durch die Liga für Kampf und Freizeit, hinter der die Literaturgruppe "Die Surfpoeten" stehen. Demonstriert wird vor allem gegen den Zwang zur Lohnarbeit und für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Das BGE würde jedem Menschen die Freiheit, "Nein" zu sagen verschaffen und ermöglicht Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden. Dazu sollen die Sozialleistungen gänzlich abgeschafft und durch das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt werden.

Gefordert wird nicht die Abschaffung der Arbeit, sondern der Zwang zur Arbeit soll enden.

Niemand findet Arbeit schlecht, aber alle sollten sich die Arbeit suchen können, die jeder einzelne für sich sinnvoll findet und gerne macht. Dazu braucht es das bedingungslose Grundeinkommen.

Demonstriert wird seit 11 Jahren gegen Lohnarbeit als Existenzberechtigung und gegen eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitslose und Arbeitssuchende. In Gut und Böse, Reich und Arm. Für eine freiere Welt ohne Existenzängste, in der alle einen Job der unglücklich macht einfach hinschmeißen können. In der sich Arbeitgeber darum bemühen müssen, dass die Leute ihre Arbeit gerne machen. Dafür, den Menschen ihre Existenzangst zu nehmen, denn eine Gesellschaft, die in Angst lebt, kann auf Dauer nicht funktionieren. Für eine Gesellschaft, in der Angst und Demütigung längst vergessene Reliquien aus vergangenen Zeiten sind.

Ute Dahner

Zusätzlicher Text für alle Webseiten des Kreises:

Regionale Presseschau vom 2. Mai zu den 3 Maikundgebungen im Kreis Esslingen:

Alle drei Zeitungen berichten ausführlich über die 1. Mai-Veranstaltungen.

Der Kirchheimer Teckbote setzte mit der Überschrift „TTIP schafft den Rechtsstaat ab“ seinen Schwerpunkt zur diesjährigen Kirchheimer Maikundgebung vor dem Rathaus.

Der Beitrag der Hauptrednerin Ilse Kestin von der IGM Region Stuttgart wird dabei ausführlich gewürdigt: über ihre Exkurse zur gewerkschaftlichen Tradition und Geschichte, bis hin zu ihrer Hauptthese: zügellose Märkte ohne Regulierung sind kein Erfolgsrezept für Wohlstand und müssen überwunden werden: „Was wir heute in Europa sehen, sind die Folgen einer neoliberalen Politik und des grenzenlosen Vertrauens in die Selbstheilungskräfte des Kapitals.“

Genau deshalb wendet sie sich gegen TTIP: „Wenn ein Unternehmen meint, dass die Entscheidung eines souveränen Rechtsstaats seine Gewinnerwartung aus diesem Land schmälert, dann klagt es gegen diesen Staat auf entgangene Profite – vor einem Schiedsgericht in nicht öffentlicher Verhandlung und ohne Berufungsmöglichkeit!“ „Das wäre die Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit und ein eklatanter Eingriff in die Freiheit der Völker.“ „Genau deshalb darf es TTIP in dieser Form nicht geben!“

Ebenso erwähnt werden zwei weitere Themen von Ilse Kestin: die Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse, die Altersarmut verursachen und die Notwendigkeit, sich gegen rechte Parolen und neofaschistische Politik zu wehren und sich für den Frieden einzusetzen.

„Deutschland schuldet der Welt keine Soldaten, sondern Beiträge für Frieden und Abrüstung.“

Angesichts der Flüchtlingsproblematik fordert sie: „Wir brauchen eine europäische Politik der Hilfe zur Selbsthilfe, die die Menschen in ihren Herkunftsländern in die Lage versetzt, sich ein menschenwürdiges, gesichertes Dasein aufzubauen.“

Zitiert werden noch Aslan Eilem, Vertreterin des Vereins Türkisches Volkshaus, sie fordert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit – für eine freie und gleichberechtigte Zukunft“, und DGB-Ortsverbandsvorsitzende Wolfgang Scholz, der zum diesjährigen DGB-Motto festgestellt: „Die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß wie heute, und die Schere öffnet sich weiter.“ und: „Wenn wir nicht die Arbeit der Zukunft gestalten, tun es andere für uns – sicherlich nicht so, wie wir es wollen.“

Im beigefügten Bild sind wir deutlich mit unserer Fahne und dem TTIP-Banner zu sehen.

Die Nürtinger Zeitung widmet dem Tag der Arbeit eine ganze Seite. Neben der Berichterstattung zur Kundgebung, die wegen schlechtem Wetter in eine Kirche verlegt worden war, lässt sie zusätzlich noch Passanten in der Fußgängerzone zu der Bedeutung der Gewerkschaften befragen, Hauptanliegen der Befragten war dabei der Lokführer-Streik, - und sie veröffentlichte einen Kommentar zum Tag von Jürgen Gerrmann.

Zur Kundgebung wird berichtet, dass Hans Schweizer, Vorsitzender der DGB-Ortsverbands Nürtingen die Arbeitsmarktlage für die Stadt und das Umland eher positiv bewertet: Die Arbeitslosenquote ist mit 3,2 Prozent in Nürtingen sehr niedrig, die Auslastung der Betriebe gut und es gibt sogar Neueinstellungen. Nur Bielomatik in Neuffen hat für seine Papiersparte Insolvenz angemeldet.

Hauptredner Dr. Rudolf Lutz von der IG Metall würdigte laut Nürtinger Zeitung den Mindestlohn als „eine große Errungenschaft, für die wir Gewerkschaften viele Jahre erbittert gekämpft haben“ und verwies darauf, dass dieses Gesetz mitnichten zu mehr Entlassungen geführt hat. Er forderte die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren als Anerkennung einer Lebensleistung. Um der Altersarmut vorzubeugen, sollen die Unternehmen zu einer vorgeschriebenen betrieblichen Altersvorsorge verpflichtet werden. Lutz fordert eine kräftige Lohnerhöhung, die gleichzeitig mehr Geld in die sozialen Kassen bringt. Zum Motto der Veranstaltung „Die Arbeit der Zukunft gestalten“ muss laut Lutz eine Bildungsoffensive gestartet werden um einerseits den Fachkräftemangel zu beheben und andererseits die Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung abzubauen. Die Zeitung berichtet von viel Beifall von den Anwesenden, die Lutz für diese Forderungen erhielt, nicht aber für seine letzte Forderung, eine Einheitsgewerkschaft zu schaffen „Sie ist eine Voraussetzung für Durchsetzungsstärke, denn Spaltung schwächt“, so Lutz.

Jürgen Gerrmann beklagt in seinem Kommentar zu diesem Tag die schrumpfenden Teilnehmerzahl der Kundgebung, das schrumpfende politische und gesellschaftliche Engagement überhaupt. „Was aber Kirchen und Gewerkschaften über ihren Mitgliederschwund hinaus verbindet: Sie haben was zu sagen..... Auch wenn viele am 1. Mai lieber grillen oder chillen – die Botschaft solcher Tage bleibt wichtig, auch wenn sie vermeintlich immer weniger hören wollen“.

Die Esslinger Zeitung eröffnet ihren Bericht mit der Forderung der Redner nach sozialer Gerechtigkeit und zitiert den stellvertretende Landesbezirksleiter von Verdi Martin Gross: „Gute Arbeit muss anständig bezahlt werden“. Traditionell geht der Kundgebung in Esslingen ein ökumenischer Gottesdienst voraus, diesmal unter dem Motto „Soziale und gerechte Arbeit“ zusätzliche Redner waren daher der Pfarrer Jochen Keltsch und der Betriebsseelsorger Peter Maile.

Über den Gottesdienst wird berichtet, dass Keltschs den zügellosen Kapitalismus für ein Unglück für viele hält und das mit dem Propheten Jesaja in Verbindung brachte, der eine Welt beschwor, in der Kinder eine Zukunft haben, Alte ein erfülltes Leben und keiner vergeblich arbeitet. Dafür gelte es zu kämpfen.

Maile redete dort von einigen der Verlierern unserer Gesellschaft, einem werdenden Vater mit befristeten Arbeitsvertrag, Ungelernten, die wegen der Firmenauslagerung von Norgren in Großbettlingen auf der Straße stehen, Arbeitnehmern, die wegen der Gründung der Tochtergesellschaft für Paketzustellung durch die Deutsche Post „auf der Strecke bleiben“.

Laut Esslinger Zeitung griff Gross das Thema Post auf der anschließenden Kundgebung wieder auf: die deutsche Post umgeht damit den Tarifvertrag um die Löhne senken zu können. 8,50 € Mindestlohn sind laut Gross zu wenig, zumindest müssen die Ausnahmen weg. Gross klagt über die Minijobs, Leiharbeit und Werkverträge, die sich wie ein Krebsgeschwür ausbreiten, so dass viele Menschen auf einen Zweitjob angewiesen sind und die Altersarmut vorprogrammiert wird. Die Rente mit 67 hält er für lebensfremd und der Arbeit von Erzieher und Pflegekräften muss

größere Wertschätzung entgegengebracht werden, egal ob Mann oder Frau: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zur Finanzierung der Ausgaben für das Gemeinwohl reicht laut Gross die Finanztransaktionssteuer und eine erhöhte Erbschafts- und Vermögenssteuer. „Wir brauchen eine Gesellschaft, die sozial denkt und fühlt“ das gilt auch für Flüchtlinge, für die er legale Wege nach Europa fordert.

Extra: (das Extra ist bis auf den Anhang ziemlich identisch mit dem Artikel oben)

2. Mai, Tag der Arbeitslosen

Noch ein kleiner Hinweis zum internationalen Tag der Arbeitslosen am 2. Mai, der bei uns hauptsächlich in Berlin begangen wird: Initiiert wurde der Tag erstmals 2004 durch die Liga für Kampf und Freizeit, hinter der die Literaturgruppe "Die Surfpoeten" stehen. Demonstriert wird vor allem gegen den Zwang zur Lohnarbeit und für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Das BGE würde jedem Menschen die Freiheit, "Nein" zu sagen verschaffen und ermöglicht Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden. Dazu sollen die Sozialleistungen gänzlich abgeschafft und durch das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt werden.

Gefordert wird nicht die Abschaffung der Arbeit, sondern der Zwang zur Arbeit soll enden. Niemand findet Arbeit schlecht, aber alle sollten sich die Arbeit suchen können, die jeder einzelne für sich sinnvoll findet und gerne macht. Dazu braucht es das bedingungslose Grundeinkommen.

Demonstriert wird seit 11 Jahren gegen Lohnarbeit als Existenzberechtigung und gegen eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitslose und Arbeitssuchende. In Gut und Böse, Reich und Arm. Für eine freiere Welt ohne Existenzängste, in der alle einen Job der unglücklich macht einfach hinschmeißen können. In der sich Arbeitgeber darum bemühen müssen, dass die Leute ihre Arbeit gerne machen. Dafür, den Menschen ihre Existenzangst zu nehmen, denn eine Gesellschaft, die in Angst lebt, kann auf Dauer nicht funktionieren. Für eine Gesellschaft, in der Angst und Demütigung längst vergessene Reliquien aus vergangenen Zeiten sind.

Unter dem Motto „Wir haben Zeit“ kämpften die Teilnehmer der Berliner Demo zum internationalen Tag der Arbeitslosen 2015 auf dem Senefelder Platz:

- Gegen die Diskriminierung Arbeitsloser
- Gegen den Zwang zur Lohnarbeit
- Gegen sinnlose Arbeit
- Leben ist kein Lohn
- Mein Freund ist Roboter

Literaturhinweis:

Bedingungsloses Grundeinkommen, Werner Rätz, Hardy Krampertz, 2011 als M 249 in der Reihe Materialien der AG SPAK

Ute Dahner

TERMINE:

Kreisvorstandstermine 2015:

Der Kreisvorstand trifft sich üblicherweise jeden 2. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr in Esslingen im Sportverein Pliensau in der Weilstr. 199:

Donnerstag, 11. Juni
Donnerstag, 09. Juli
Donnerstag, 13. August
Donnerstag, 10. September
Donnerstag, 08. Oktober
Donnerstag, 12. November
Donnerstag, 10. Dezember

Die Treffen sind öffentlich und jeder Interessierte ist herzlich willkommen.

Termine der Fraktion im ersten Halbjahr:

Fraktionssitzungen:

Unsere Fraktionssitzungen sind meist öffentlich. Sie finden montags ab 18:00 Uhr im Sitzungsbereich des Landratsamtes (Pulverwiesen 11, Esslingen) statt. Der Eingang befindet sich links vom Haupteingang. Wer erst später erscheinen kann, der möge die Klingel zum Fraktionszimmer 4 betätigen oder unter 0176 54 40 74 52 oder 0711/39022066 anrufen.

Montag, 29. Juni
Montag, 6. Juli
Montag, 13. Juli

Kreistagssitzungen:

Gleicher Ort, voraussichtlich ab 16:00 Uhr. Bitte informiert euch über den genauen Anfang in der regionalen Presse.

Donnerstag, 16. Juli

Ausschuss- Sitzungen:

Auch im Landratsamt Esslingen. Für die genauen Anfangszeiten gilt das gleiche, wie oben.

Donnerstag 26. Juni ab 15:00 Uhr Ausschuss für Technik und Umwelt
Donnerstag 02. Juli: ab 15:00 Uhr: Kultur- und Sozialausschuss
Donnerstag 07. Juli ab 15:00 Uhr: Verwaltungs- und Finanzausschuss

Regelmäßige Treffen und Aktionen der Ortsverbände:

Mitgliederversammlung Ortsverband Esslingen:

wo: Alte Spinnerei, Maille 3 Esslingen

Die Spinnerei ist das kleine Häuschen neben dem Eingang zum Komunalen Kino.

Wann: in der Regel monatlich am 4. Donnerstag, jeweils um 19:30 Uhr

Interessierte sind immer herzlich willkommen

Donnerstag, 09. Juli

Donnerstag, 24. September

Donnerstag, 29. Oktober

Donnerstag, 26. November

Donnerstag, 17. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Nürtingen:

Liebe Mitglieder und Freunde der LINKEN im OV Nürtingen. Wir treffen uns jeden 3. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr zu unserem Stanntisch in Nürtingen in der Gsatstätte „Schlachthof“ Mühlstr. 15 (beim LRA). Dazu lade ich euch recht herzlich ein.

Die Termine sind:

Dienstag, 16. Juni

Dienstag, 21. Juli

Dienstag, 15. September

Dienstag, 20. Oktober

Dienstag, 17. November

Dienstag, 15. Dezember

Treff Ortsverband Kirchheim-Teck:

Jeden ersten Donnerstag im Monat trifft sich der Ortsverband der LINKEN in Kirchheim-Teck, ab 19:30 Uhr im TG-Heim in der Jesingerstrasse 99. Alle Interessierten, auch Nicht.Mitglieder sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 02. Juli

Sommerpause

Donnerstag, 03. September

Donnerstag, 01. Oktober

Donnerstag, 05. November

Donnerstag, 03. Dezember

Info-Stand in Kirchheim:

Der Kirchheimer Ortsverband der LINKEN betreibt jeden 3. Samstag im Monat einen Info-Stand in der Kirchheimer Fußgängerzone. Wir positionieren uns damit mehr in der Öffentlichkeit und zeigen, für was wir stehen und sammeln Unterschriften gegen TTIP.

An folgenden Samstagen werden wir von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr vor Ort sein:

Samstag, 20. Juni, Commerzbank, Marktstr. 40

Sommerpause

Samstag, 19. September irgendwo in der Fußgängerzone

Samstag 17. Oktober “

Samstag 21. November “

Stammtisch Ortsverband Fildern:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte und Freunde der Partei DIE LINKE, jeden 1. Dienstag im Monat findet unser Stammtisch des Ortsverbandes Leinfelden- Echterdingen- Filderstadt statt: in der Sigma Taverna ab 19:30 Uhr, Stuttgarter Str. 45, in Leinfelden.
0711 – 758 578 60

Dienstag, 02. Juli

Dienstag, 04. August

Dienstag, 01. September

Dienstag, 06. Oktober

Dienstag, 03. November

Dienstag, 01. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Plochingen:

Der Ortsverband Plochingen trifft sich gern spontan: Termine bitte auf der Webseite des Ortsverbands nachschauen.

Weitere wichtige Veranstaltungen:

- In der Aktionswoche zur **Kampagne Das muss drin sein**, 8.-13. Juni, werden soweit bisher bekannt ist in Esslingen und Nürtingen Infostände aufgebaut. Die Kirchheimer machen die Kampagne an ihrem Infostand am 20. zum Thema, verteilen in der Woche 3 mal Info-Material in den Westen „Hier ist die Linke“. Genaue Termine liegen nicht vor.
- Die Nominierungsversammlungen stehen an! Es wird förmlich eingeladen.

Bitte auf den Web-seiten nachsehen, ob noch jemand für was anderes Zeit hat.